

sellschaftspolitischen Ziele. Märkte sind sozial und ökologisch blind.

Dort wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum ihren Zweck nicht oder nur mangelhaft erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. So sind beispielweise Bildung, Gesundheit sowie Wasserversorgung keine Waren, deren Herstellung und Verteilung nach dem Gewinnmotiv organisiert werden sollte. Diese öffentlichen Güter müssen für jeden, unabhängig von der Größe des Geldbeutels, zugänglich sein. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Auch die so genannten natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien (z.B. Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert werden. Zudem können staatliche Unternehmensbeteiligungen – etwa in Form eines *Public-Equity*-Fonds – die einzelwirtschaft-

liche Verwertungslogik um industrie- und dienstleistungspolitische Ziele erweitern.

Ein solcher Ausbau des öffentlichen Sektors sowie eingeschränkte Verfügungs- und Aneignungsrechte der Kapitaleigner gehen zu Lasten der Rentabilität. Höhere Steuern, eine soziale und ökologische Regulierung drücken auf die Firmengewinne. Unternehmen mit hohen Profitansprüchen drosseln ihre Investitionen oder drohen mit Standortverlagerung. Hier darf sich die Politik nicht erpressen lassen, sondern muss das Allgemeininteresse über das Einzelinteresse stellen.

Das sozialdemokratische Projekt des 21. Jahrhunderts muss nicht neu erfunden werden. Im Kern geht es um die politische Aneignung, Verteilung und Steuerung des ökonomischen Fortschritts. Dies ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Die Zukunft der Sozialdemokratie liegt in ihren Wurzeln.

Albrecht von Lucke

Wieder mehr Gerechtigkeit wagen!

»Neuer Fortschritt« soll der neue Leitbegriff der deutschen Sozialdemokratie werden. Zu recht kann die Partei darauf verweisen, sich seit ihrer Gründung dem gesellschaftlichen Fortschritt verschrieben zu haben. Da 2013 zudem das große 150-jährige Jubiläum und die nächste Bundestagswahl zusammenfallen, ist es strategisch nachvollziehbar, dass sich die Parteiführung für diesen Leitbegriff entschieden hat. Die zentrale Frage aber lautet: Fortschritt wohin?

Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin.

Bei Wagenbach erschien zuletzt:
*Die gefährdete Republik.
Von Bonn nach Berlin.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de



Fortschritt per se, egal ob neu oder alt, ist noch nicht fortschrittlich. Dafür nämlich bräuchte es ein klares Ziel. Dieses aber hat

die Partei in den letzten Jahren schmerzlich vermissen lassen. Zwar kann man damit bei Wahlen triumphieren, aber auf Dauer reicht es bei Weitem nicht aus, wenn der zukünftige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz fordert: »Die SPD muss sich zum Pragmatismus bekennen.« Von schlecht verstandenen Pragmatismus gab es in den letzten zehn Jahren genug. Die SPD lebt dagegen von jeher gerade aus der Spannung zwischen ihrer Orientierung an weitgesteckten Zielen – von der klassenlosen Gesellschaft

über den demokratischen Sozialismus bis zur sozialen Demokratie (als der heute leider auch schon fast utopisch anmutenden Schrumpfverson) – bei gleichzeitigem pragmatischen, alltagstauglichen Handeln.

Anders ausgedrückt: Es gibt Werte erster und solche zweiter Ordnung. Werte, die das angestrebte Ziel bezeichnen, sind Werte an sich, während solche, die den Weg dahin bezeichnen, bloß Mittel zum Zweck bleiben müssen und deshalb keinesfalls alleine stehen können. Genau so verhält es sich mit dem Fortschritt: Seitdem sich die SPD von einer deterministischen Weltsicht entfernt hat, in welcher der Fortschritt zwangsläufig, da eigengesetzlich, auf das Endziel der Geschichte zulief, seitdem muss sie sich umso mehr für eine klare Zielrichtung ihrer Politik entscheiden.

Ob in der Regierung oder in der Opposition: Die Partei muss, anders als in der letzten Dekade, klare inhaltliche Fixpunkte ihrer Politik benennen. Der Fortschrittsbegriff schafft dieser Malaise keine Abhilfe. Ohne klares Ziel ist für eine Partei alles nichts. Darüber hilft auch kein noch so schönes »Der Weg ist das Ziel« hinweg. Im Gegenteil: Derart unbestimmt ist Fortschritt nur eine Leerformel, die Bewegung bloß suggeriert, aber nicht wirklich schafft. Dann bleibt er bloße Ermutigungsvokabel, sprich Pfeifen im Walde: »Mit uns zieht die Neue Zeit«, obwohl schon lange keiner mehr mitzieht.

Der Fortschritt muss also genauer bestimmt werden. Fortschritt wofür, Bewegung wohin? Um die Antwort auf diese Fragen kommt die Partei nicht herum.

Vorbild 1998?

Wie es gelingen kann, einen Bewegungsbegriff wie Fortschritt mit einem Zielbegriff zu kombinieren, zeigt ein kurzer Blick in die Geschichte der Sozialdemokratie. Einmal in der jüngsten Vergangenheit hatte die SPD tatsächlich Erfolg mit der Ver-

bindung von Bewegung und Ziel, nämlich mit ihrem Wahlslogan von 1998: »Innovation und Gerechtigkeit«. Diese Kombination lebte jedoch gerade aus der Spannung des zutiefst ökonomischen Ansatzes der »Innovation« und der traditionellen sozialdemokratischen Kernkompetenz »Gerechtigkeit« – und natürlich auch aus der spannenden (und spannungsgeladenen) personellen Besetzung mit Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine.

Seit einem Jahr operiert Sigmar Gabriel in Reden und Artikeln mit dem Begriff Fairness. »Besser regieren für ein faires Deutschland« war seine Rede auf dem letzten Bundesparteitag überschrieben. Doch »Fortschritt und Fairness« mag eine nette Alliteration sein, um das erforderliche Ziel der SPD zu beschreiben, ist der Fairness-Begriff jedoch viel zu schwach. Fairness, als Begriff dem Sport entlehnt, taugt nicht für die nötige Zielbestimmung: Dass man beim *fair play* auf den am Boden Liegenden nicht auch noch treten soll, ersetzt nicht die notwendige anspruchsvolle Definition einer gerechten Gesellschaft.

Fortschritt und Fairness erzeugen somit bei Weitem nicht das Spannungsmoment von Innovation und Gerechtigkeit. 1998 kam zudem noch eine weitere, für den Erfolg entscheidende Voraussetzung hinzu: Innovation war gerichtet gegen den Reformstau der bleiernen Ära Helmut Kohls, den Inbegriff der Beharrung und des Aussitzens. Nicht ohne Grund lautete der eigentliche, mehr als heimliche Wahlslogan, der letztlich den Sieg brachte: »Kohl muss weg«. Insofern konnte die SPD damals tatsächlich glauben: Mit uns zieht die neue Zeit.

Heute dagegen ist sie weit davon entfernt. Die Menschen haben nicht den Eindruck bleierner Verhältnisse, im Gegenteil: Sie erleben die Zeit als rasend beschleunigt. Der Gesellschaft ist in den letzten zehn Jahren jeglicher Reform- und Fortschritts-optimismus abhanden gekommen, auch dank der Politik der SPD.

All das nährt ein zutiefst konservatives Grundbedürfnis im Lande, eine Sehnsucht nach Ruhe, das am besten von den Grünen bedient wird. Hinzu kommt: Angela Merkel ist (noch) nicht Angela Kohl. Im Gegenteil: Die Menschen erleben sie gerade in diesem Jahr als bemüht entschiedene Führungsfigur speziell in der Euro-Frage.

Was folgt aus alledem? Die Bewegungsmetapher allein reicht offenbar nicht aus. Im Gegenteil: Da im Lande kein Fortschrittsbedürfnis herrscht, muss eine umso überzeugendere Zielbestimmung her. Gerade von einer SPD, die in den letzten Jahren das klare Ziel hat vermissen lassen, erwartet der Wähler, dass sie nun endlich deutlich sagt, wofür sie steht.

Das neue Programm leistet diese klare Zielbestimmung gerade nicht, vielmehr ist es von tiefer Indifferenz durchdrungen. Wachstum, Sicherheit und Nachhaltigkeit als dessen Zentralbegriffe stehen für ökonomischen, sozialen und ökologischen Fortschritt, den die SPD in sich vereinen will. Damit ist die SPD sichtbar bestrebt, den ei-

genen Wertekanon zu erweitern, ohne sich für eine Richtung – etwa für mehr Ökologie durch weniger Wachstum – wirklich zu entscheiden. Faktisch will sie also vor allem eines: allen wohl und niemand weh.

Damit, so heißt es, will die SPD »dem Fortschritt eine neue Richtung geben«. Doch vielleicht geht diese »neue Richtung« an den Bedürfnissen der Gesellschaft und speziell der einstigen SPD-Klientel gerade vorbei?

Nicht die »neue Richtung« – was dieses auch immer wäre –, das alte Ziel bleibt das Maß aller Dinge. Der Zentralbegriff der SPD ist und bleibt Gerechtigkeit.

Die Malaise ist, dass genau dort in den letzten Jahren am meisten verloren wurde. Mehr noch: Die Partei hat selbst maßgeblich zur Erosion gerechter und gleicher Zustände beigetragen, durch die Senkung des Spitzensteuersatzes wie die Einführung von Hartz IV und flächendeckender Leiharbeit. Noch 2005 verkündete Gerhard Schröder voller Stolz auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos: »Wir müssen und

wir haben unseren Arbeitsmarkt liberalisiert. Wir haben einen der besten Niedriglohnsektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.«

Weil dem fatalerweise so ist, traut sich die Partei heute kaum mehr, sich zu ihrem einstigen Kernziel der Gerechtigkeit zu bekennen. Die SPD umschleicht in gewisser Weise seit der Abwahl von 2005 ihren eigentlichen Markenkern. Damit kann sie jedoch keinen Erfolg haben. Es hilft alles nichts: Sie muss sich ehrlich machen und sich ihrer eigenen Vergangenheit stellen, um deren Fehler zu beheben. In den jüngsten Hartz-IV-Verhandlungen ist dies mit den Forderungen nach Mindestlohn und gleicher Bezahlung für Leiharbeit immerhin ansatzweise geschehen. Nimmt man den Anspruch der fulminanten Antrittsrede Sigmar Gabriels von 2009 ernst, nämlich die Deutungsheute über die Mitte mit linker Politik zu erobern, dann kommt es gerade jetzt darauf an, die Gerechtigkeitsfrage neu – und zugespitzt – zu stellen. Denn faktisch geht es heute nicht mehr »nur« um mehr Gerechtigkeit, sondern um die Rückeroberung von mehr Gleichheit.

Für mehr Gerechtigkeit und weniger Ungleichheit

Seit Mitte der 80er Jahre, und beschleunigt seit der Jahrtausendwende, ist in allen wichtigen Volkswirtschaften der Grad der Ungleichheit massiv angestiegen. In Anbetracht der Weltfinanzkrise und ihrer Folgen kam selbst das jüngste Weltwirtschaftsforum in Davos an dieser Erkenntnis nicht vorbei. In den Debatten dieses Jahres herrschte nahezu Einigkeit darüber, dass die wachsende Ungleichheit die Demokratie gefährdet und folgenschwere wirtschaftliche Krisen auslöst.

Die SPD sollte hinter dieser Erkenntnis der neoliberalen Wirtschaftslenker nicht zurückstehen. Nimmt man die ökologischen und sozialen Forderungen des Pro-

grammentwurfs ernst, ist eine gerechtere Welt ohne ein Mehr an Gleichheit gar nicht denkbar.

Die neoliberale Revolution der letzten 30 Jahre hat den zuvor erreichten Stand an Gerechtigkeit in den westlichen Industrie- und Wohlfahrtsstaaten massiv untergraben. Und dieser Angriff ist beileibe nicht beendet, im Gegenteil: Neben die ökonomistische Begründung (Kapitalismus braucht Ungleichheit) ist im Zuge der Sarrazin-Debatte zusätzlich eine sozialdarwinistisch-biologische getreten (Ungleichheit gehört zur Gesellschaft).

Umso mehr gilt es, an die Errungenschaften der letzten 150 Jahre sozialistisch-sozialdemokratischer Bewegung nicht nur zu erinnern, sondern anzuknüpfen. Der große Historiker Tony Judt insistiert zu Recht in seinem letzten, post mortem erschienenen Buch »Dem Land geht es schlecht« (Hanser Verlag 2011) auf der großen Tradition der »verteidigenden Sozialdemokratie«. Tatsächlich ist linkes Denken heute immer auch bewahrendes Denken, nämlich der bereits erzielten Fortschritte, insbesondere des (einstigen) sozialen Ausgleichs zwischen Kapital und Arbeit. Die deutsche Sozialdemokratie hat dies in den letzten zehn Jahren allzu sehr aus den Augen verloren. Auch deshalb ist die Kluft zwischen Vermögensbesitzern und Gehaltsbeziehern in den letzten Jahren massiv gewachsen, von der breiten Schicht der Abgehängten und latent Überflüssigen, in Leiharbeit und Hartz IV, ganz zu schweigen.

Heute können einige der einst mühsam erkämpften Errungenschaften schon nicht mehr, wie von Tony Judt gefordert, verteidigt werden, sondern man muss sie in harten politischen Auseinandersetzungen zurückerobert. Die SPD kommt daher nicht darum herum: Wenn sie wirklich fortschrittlich sein will, muss sie sich entscheiden – und zwar für die alten Ziele, für mehr Gerechtigkeit und Gleichheit. Die Zeiten, soviel steht fest, schreien förmlich danach.